

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Demographischer Wandel und Stadtentwicklung**

Bundesweit sehen wir uns einer Entwicklung gegenüber, die unter den Überschriften „demographischer Wandel“ oder auch „Schrumpfen der Städte“ zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestags hat Handlungsempfehlungen für die Bereiche Verkehrs-, Raumordnungs-, Stadtplanungs- und Wohnungspolitik gegeben. Im Internet-Angebot des Deutschen Bundestags wird zu dieser Kommission unter der Überschrift „Die Fakten“ ein plastischer Eindruck der zukünftigen Entwicklung gegeben:

„Heute hat Deutschland etwa 82 Millionen Einwohner. Auch bei einer jährlichen Zuwanderung von 100.000 Personen wird die Bevölkerung in 50 Jahren nur noch 65 Millionen stark sein. Der Grund für diese Abnahme liegt – wie in den letzten drei Jahrzehnten – in einer höheren Sterbe- als Geburtenrate. Statistiker gehen von der pessimistischen Annahme aus, dass die Geburtenhäufigkeit auch in den nächsten Jahrzehnten auf dem niedrigen Niveau von knapp 1.400 Kindern je 1.000 Frauen beharren wird. Das niedrige Geburtenniveau wird bis zum Jahr 2050 dazu führen, dass auf 100 Personen im Erwerbsalter 80 Rentner kommen, während es heute erst 40 sind.“

Ungeachtet kleiner Schwankungen in der jährlichen Bevölkerungsstatistik und der bewusst flexibel gehaltenen Effekte der neuen Zuwanderungsgesetze, wird sich das Land Bremen der allgemein prognostizierten Entwicklung nicht entziehen können: eine Bevölkerung, die zahlenmäßig abnimmt, immer älter wird, mit sinkendem Anteil an Erwerbstätigen und einem stetig ansteigenden Anteil der Bürger/-innen ausländischer Herkunft. Um so wichtiger wird es für die Städte Bremen und Bremerhaven sein, frühzeitig Strategien zu entwickeln, mit diesen sich verändernden Bedingungen umzugehen und diese in alle Planungen miteinzubeziehen.

Wir fragen den Senat:

1. Von welchen Annahmen zur Einwohnerentwicklung geht der Senat für Bremen (Land, Stadt Bremen und Bremerhaven) in Bezug auf die Jahre 2010, 2015, 2030 und das Jahr 2050 aus, und zwar bezogen auf
 - a) Bevölkerungszahl,
 - b) Verteilung der Altersgruppen,
 - c) Verteilung nach Geschlecht,
 - d) Verteilung nach Nationalität bzw. Herkunft,
 - e) Verteilung nach sozialen Indikatoren?
2. Wie bewertet der Senat die möglichen Auswirkungen der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung auf die verschiedenen Stadtteile in Bremen und Bremerhaven?

3. Sieht der Senat schon jetzt Handlungsbedarf, um in Hinblick auf die sich abzeichnende Bevölkerungsentwicklung Weichen für die Zukunft zu stellen?

Wenn ja, welche Maßnahmen in Bezug auf

- a) die Versorgung der Stadtteile mit Schulen und Kindergärten,
- b) die Versorgung des täglichen Bedarfs in den Stadtquartieren und die zukünftigen Mobilitätsbedürfnisse,
- c) die Infrastruktur in den Quartieren für ältere Menschen (Wohnangebote, Versorgung, Mobilität),
- d) den Immobilienmarkt getrennt nach Wohnungsmarkt (mit seinen Teilssegmenten) und Büromarkt,
- e) den Instandhaltungsaufwand für die Verkehrsinfrastruktur und die technische Infrastruktur der Ver- und Entsorgung

werden in Erwägung gezogen?

4. Hat der Senat vor dem Hintergrund der Bevölkerungsprognosen für das Jahr 2050 Vorstellungen für eine langfristige Konzeption entwickelt, bezogen auf

- a) Wohnen,
- b) Einzelhandel,
- c) Mobilitätsangebote (insbesondere ÖPNV),
- d) soziale, bildungsbezogene und kulturelle Infrastruktur?

Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?

5. Hat der Senat langfristige Perspektiven für die verschiedenen Großwohnsiedlungen in Bremen und Bremerhaven entwickelt?

Wenn ja, welche?

6. Sieht der Senat zukünftig Handlungsbedarf durch wachsenden Wohn-, Geschäfts- und Gewerberaumleerstand in den verschiedenen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens?

Wenn ja, welchen?

7. Welche Entwicklungsperspektiven sieht der Senat unter Berücksichtigung der Bevölkerungsprognosen für das Jahr 2050 für die jetzt entstandenen und in Planung befindlichen großflächigen Einfamilienhaus-Gebiete?

8. Sieht der Senat Möglichkeiten, zukünftig Wohnen und Arbeiten in den Stadtgebieten von Bremen und Bremerhaven wieder enger zusammenzuführen?

Wenn ja, welche?

Karin Krusche,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen